

Diskussionsbeitrag: Konfrontieren statt akzeptieren – Wie türkische Nationalist:innen in Wien über Tage kurdische und türkische Linke angegriffen haben. Und warum Sozialarbeiter:innen das nicht verharmlosen dürfen.

Michael Bonvalot

Vorbemerkung perspektivisch: Auch in Österreich wird über den richtigen Umgang mit den Grauen Wölfen diskutiert. Für Debatten sorgten insbesondere mehrtägigen Ausschreitungen, zu denen es im Juni 2020 im Wiener Stadtteil Favoriten kam: Damals wurde eine Kundgebung kurdisch-türkischer Aktivist*innen von Personen, die sich offenbar mit den Grauen Wölfen identifizierten, gestört, später wurde das ehemals besetzte Ernst-Kirchweyer-Haus angegriffen, in dem unter anderem auch linke kurdische und türkische Organisationen ihren Sitz haben. Wie ist die Beteiligung vieler Jugendlicher an diesen rechtsextremen Übergriffen zu beurteilen und wie sollte Jugendarbeit hierauf reagieren? Hierzu möchten wir im Folgenden zwei Perspektiven aus Wien einander gegenüberstellen. So plädiert der Jugendarbeiter und Psychologe Sertan Batur in seinem Beitrag dafür, die Identifikation mit den Grauen Wölfen nicht mit einer vollständigen Unterstützung von Ideologie und organisierten Strukturen der Grauen Wölfe gleichzusetzen. Vielmehr müssen die identitätsbildende Wirkung, eigene Rassismuserfahrungen und jugendkulturelle Aspekte berücksichtigt werden, die Jugendliche dazu bringen können, eine entsprechende Identität aufzubauen. In der Folge plädiert er für eine interessierte, positionsbeziehende, offene, bedürfnisorientierte, beziehungsaufbauende und solidarische Haltung den Jugendlichen gegenüber. Der Journalist und Sozialarbeiter Michael Bonvalot wiederum warnt in seinem Beitrag davor, politische Selbstbeschreibungen zu verharmlosen und die Fehler zu wiederholen, die die akzeptierende Jugendarbeit in den 1990ern in Deutschland beging. Stattdessen sollte Soziale Arbeit Täter*innen auch als solche adressieren und Tathandlungen mit ihnen aufarbeiten, ohne jedoch darüber die Betroffenen aus dem Blick zu verlieren.

Auf einmal klirren die Scheiben. Es ist der 25. Juni 2020. Mindestens hundert Anhänger:innen der faschistischen Grauen Wölfe und der AKP des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan greifen das linke Kulturzentrum EKH in Wien-Favoriten an. Sie versuchen, in das Haus einzudringen, werfen Flaschen und andere Gegenstände, zerschlagen Fensterscheiben. Ich bin kurz nach dem Angriff vor Ort: Die Wielandgasse vor dem EKH ist zu diesem Zeitpunkt von Splittern übersät.

Bilder und Videos zeigen, wie sich die Angreifer kurz zuvor in einen nahen Park gesammelt hatten. Fast alle haben ihre Hände erhoben: Sie zeigen den Gruß der

Grauen Wölfe, den Rabia-Gruß der Muslimbruderschaft und den erhobenen Zeigefinger, den auch die Terrororganisation IS verwendet. Viele der späteren Angreifer sind jung oder sogar sehr jung. Doch auch viele erwachsene Männer sind auf den Bildern zu sehen.

Graue Wölfe – das ist die gebräuchliche Bezeichnung für die faschistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Ihre Todesschwadronen sind für mehrere tausend politische Morde verantwortlich, dazu gelten sie als zentraler globaler Player in der Organisierten Kriminalität, vor allem im Drogenhandel. Gegenwärtig bilden die Wölfe gemeinsam mit der AKP die türkische Regierung.

Das Ziel der extrem rechten Angreifer:innen ist nicht zufällig gewählt. "EKH", das steht für Ernst-Kirchweg-Haus, benannt nach einem Kommunisten und Widerstandskämpfer. Doch vor allem haben hier zwei linke türkisch/kurdische Organisationen ihren Sitz: Die ATIGF (Föderation der ArbeiterInnen und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich) sowie die DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine). Unter politisch interessierten Türk:innen und Kurd:innen ist das natürlich bekannt.

"Sie haben uns mit Messern bedroht"

Am 24. Juni, dem Tag vor dem großen Angriff, hatten linke kurdische und türkische Frauenorganisationen eine Kundgebung auf der Favoritenstraße organisiert, der Hauptstraße des Bezirks. Bereits an diesem Tag hatte es erste Angriffe gegeben, sie waren der Auslöser für alles, was folgen sollte. "Sie haben uns mit Messern bedroht", erzählt mir noch am selben Abend eine linke Aktivistin. "Wir werden euch umbringen", hätten die Faschist:innen erklärt.

Die geschlechtsneutrale Form ist in diesem Fall übrigens gewählt, damit niemand übersehen wird: Doch real sind Frauen unter den Angreifer:innen zumindest nicht zu erkennen. Es sei "eine regelrechte Belagerung" gewesen, sagt ein weiterer kurdischer Aktivist. Nachdem sich die Linken in ihre Vereinsräume im EKH zurückziehen, folgen die Angriffe auf das Haus. Die Wiener Linke mobilisiert, schnell sind viele Unterstützer:innen vor dem Haus, die Faschist:innen ziehen sich vorerst zurück.

Am nächsten Tag, dem 25. Juni 2020, folgt eine linke Solidaritätsdemonstration mit mehreren hundert Menschen auf der Favoritenstraße. Und genau zu diesem Zeitpunkt wird eine Nachricht über soziale Medien verbreitet, die vor allem viele Jugendliche erreicht. Ein Kurde hätte einer "Schwester" das Kopftuch vom Kopf gezogen. Dazu der Aufruf: "Kommt alle Reumann". Der Reumannplatz ist so etwas wie der Hauptplatz des Bezirks – direkt an der Favoritenstraße und nur wenige Gehminuten vom EKH entfernt.

Es wird sich später keinerlei Beleg für die Kopftuch-Behauptung finden lassen. Ebenfalls unklar ist, wer das Gerücht zuerst in die Welt gesetzt hat. Doch klar ist, wer

das Ziel der Angriffe werden soll: "Die Kurden". Und offensichtlich ebenfalls klar ist, wo sich die Angriffe konzentrieren sollen. Denn jetzt sollen "alle" in die Nähe der linken Kundgebung kommen. Sehr schnell sammeln sich dann nach dem Aufruf auch rund hundert Anhänger:innen der Grauen Wölfe und des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan auf der Favoritenstraße. Nachdem Linke den faschistischen Mob zunächst vertreiben können, versammeln sich die Rechten erneut. Am Abend beginnt dann der Angriff auf das EKH.

National befreite Zone

Es ist nicht die erste Attacke auf eine linke kurdisch-türkische Kundgebung in Favoriten. Nur knapp zwei Monate davor, am 1. Mai 2020, hatten türkische Nationalist:innen eine gemeinsame Mai-Kundgebung linker Organisationen in diesem traditionsreichen Arbeiter:innenbezirk angegriffen. Schon zu diesem Zeitpunkt warnen linke kurdische und türkische Aktivist:innen, dass türkische Nationalist:innen in Favoriten – wo sehr viele Menschen mit türkischen und kurdischen Wurzeln leben – eine Art "National befreite Zone" aufbauen wollen würden.

Und auch nach dem Angriff auf das EKH werden die Auseinandersetzungen noch mehrere Tage weitergehen. Immer wieder sind junge Nationalist:innen daran beteiligt, immer wieder sind aber auch ältere Männer zu sehen. Erstmals keine Angriffe durch größere Gruppen gibt es dann gegen eine linke Demo am Samstag dieser Woche. Denn inzwischen ist etwas Entscheidendes passiert.

Die faschistischen Organisationen können die Proteste steuern

Am Tag davor melden sich relativ gleichlautend und ziemlich zeitgleich vier zentrale Akteure via Facebook und rufen dazu auf, weitere Angriffe zu stoppen: Der österreichische Wölfe-Dachverband ATF (Türkische Föderation in Österreich), die ATF-Jugend, die Wölfe-Abspaltung BBP (Große Einheitspartei) sowie die Vakıf-Moschee der BBP in Favoriten. Neben der Moschee betreibt die stärker religiös-faschistische BBP mit dem "Alperen Ocakları" dort auch einen eigenen Jugendklub. Alperen Ocakları bedeutet Helden-Herd, so bezeichnen die BBP-Faschist:innen ihre Zentren (im Gegensatz zu den "Ülkü Ocakları", den "Idealisten-Herden" der MHP).

Vor dem Statement am Freitag hatten all diese Akteure über Tage geschwiegen. Entscheidend ist hier also nicht, dass sich die Faschist:innen zu Wort gemeldet haben. Sondern wann sie es getan haben: Nachdem der mediale und öffentliche Druck immer weiter gestiegen war und sie die Angriffe zuvor über Tage laufen ließen.

Wie organisiert waren die Proteste?

Sogar, wenn wir davon ausgehen würden, dass die ersten Angriffe und dann der Aufruf über soziale Medien nach der angeblichen Kopftuch-Attacke nicht organisiert

erfolgten: Spätestens die gezielte Mobilisierung zum Angriff auf das EKH hatte einen eindeutigen und eindeutig organisierten Charakter.

Wir können nicht belegen, ob die Angriffe von den Grauen Wölfen oder ihrer Abspaltung BBP begonnen wurden. Doch was wir belegen können: Dass die Grauen Wölfe und die BBP mit einer Weisung dazu in der Lage waren, die Mobilisierung zu beenden. Es gibt wenig, was den organisierten Charakter der Angriffe deutlicher macht.

Und es gibt noch andere Indizien: So berichtete ein User auf Twitter etwa davon, dass in einem Zug Richtung Wien eine große Gruppe Grauer Wölfe gesessen hätte, als er in Linz eingestiegen wäre. Einige hätten sogar mit deutschem Dialekt gesprochen. Auch der Zeitpunkt der Angriffe ist wohl kein Zufall: In den Wochen davor hatte die türkische Regierung den Kampf gegen die links-kurdische PKK im Nordirak enorm eskaliert. Die nationalistisch aufgeheizten Bilder des Krieges wurden per Satellitenfernsehen und über soziale Medien aus der Türkei in die Diaspora verschickt. Nun sollte offenbar auch in Österreich zur Tat geschritten werden.

Welpen und Wölfe

Mit Sicherheit waren nicht alle Jugendlichen, die an den faschistischen Aggressionen teilnahmen, politische Kader. Und mit Sicherheit kann nicht bei all diesen Jugendlichen von einem gefestigten politischen Weltbild ausgegangen werden. Teilweise wirkten die Provokationen für einige der Jugendlichen fast eher wie eine Abwechslung vom Alltag und wie ein willkommenes Katz-und-Maus-Spiel mit Linken und der Polizei. Beteiligt waren neben türkischen Jugendlichen auch mutmaßlich religiös motivierte Jugendliche aus anderen muslimisch geprägten Ländern.

Dazu, es sollte nicht unterschätzt werden, wird die Polizei gerade von Jugendlichen mit Migrationsbiografie aus nachvollziehbaren Gründen nicht unbedingt als freundschaftlicher Akteur wahrgenommen. Zu tief sitzen Rassismus-Erfahrungen. Damit ist die Auseinandersetzung mit der Polizei auch bereits an sich oft spannend und positiv besetzt.

Doch all das sollte nicht dazu verleiten, die politischen Selbstzuschreibungen der handelnden Personen zu relativieren. Bei jungen Linken würde kaum jemand auf die Idee kommen, ihnen ihre politischen Überzeugungen abzusprechen – warum wollen das manche Vertreter:innen der sogenannten Akzeptierenden Jugendarbeit dann bei jungen Rechten tun? Es ist evident: Gerade junge Menschen sind oft noch nicht perfekt dazu in der Lage, ihre politischen Überzeugungen anhand von Parteiprogrammen stringent darzustellen. Allerdings konnten vermutlich auch nicht alle freiwilligen Mitglieder der HJ das gesamte Parteiprogramm der NSDAP wiedergeben. Doch das macht faschistische Kräfte um nichts weniger gefährlich. Die Aufgabe von Sozial- und Jugendarbeit kann also niemals sein, die faschistische

politische Positionierung der Klient:innen zu relativieren. Stattdessen wäre die Aufgabe, sie zu konfrontieren und im Idealfall zu verändern.

Das Problem beginnt dabei nicht erst beim offenen Faschismus, sondern bereits weit früher, etwa beim Nationalstolz. Denn der funktioniert dann am besten, wenn jene Aspekte klein gemacht werden, die dem Stolz im Wege stehen. Der Weg zur Verleugnung oder Verharmlosung von Genoziden ist hier ein kurzer – wir kennen es aus der deutschen und österreichischen extremen Rechten nur allzu gut. Und genau deshalb sollte Jugendarbeit auch nicht mit Nationalstolz arbeiten, sondern mit einer internationalistischen Perspektive der Klassensolidarität sowie gemeinsamer Unterdrückungserfahrungen.

Alles Brüder?

Als Reaktion auf die Ausschreitungen in Favoriten entstand unter anderem das Videoprojekt „Lasst Brüder nicht kämpfen“^[1]. Es wird ausschließlich aus der Täterperspektive erzählt: „Du machst den ersten Schlag, hat mein Freund zu mir gesagt.“ Dem Protagonisten kommt zwar seine Mutter in den Sinn, die nicht einverstanden wäre. Der Protagonist sagt auch, er hätte Angst gehabt, dass er „abgestochen“ würde. (Tatsächlich sind gezogene Messer an diesen Tagen nur aus den Reihen der türkischen Nationalist:innen bekannt, ich selbst habe einen jungen Mann mit einem Messer in der Hand gesehen.) Dennoch attackiert der Protagonist mit mehreren Freunden einen fremden Jugendlichen – vielleicht ist er ja derjenige, der der Frau das Kopftuch hinuntergezogen hat? Warum die Jugendlichen das glauben, bleibt unklar. Hatte der Jugendliche politische Symbole an der Kleidung – oder vielleicht einfach nur kurdisch gesprochen? Wir erfahren es nicht.

Sie beginnen, den Jugendlichen zusammenzuschlagen. Doch während er immer wieder geschlagen wird, zieht das Opfer im Video seine Maske vom Kopf. „Ich war wie geschockt. Der Kurde war einer meiner ältesten Freunde“, sagt der Protagonist. Schnitt. Täter und Opfer fallen sich um den Hals. Und schließlich die Moral: „In unserem Freundeskreis gibt es keine Unterscheidung zwischen Kurden und Türken. Wir sind alle Brüder.“

Ziehen wir das Beispiel aus dem Video weiter: Was wäre gewesen, wenn sich Täter und Opfer nicht gekannt hätten? Der Täter muss auch weder seine offenbar türkisch-nationalistischen Einstellungen noch seine grundsätzliche Bereitschaft hinterfragen, einen anderen Jugendlichen zusammenzuschlagen. Natürlich: Die Botschaft am Schluss ist zu begrüßen. Doch gleichzeitig greift das alles ein wenig kurz.

Wer in der Jugendarbeit schon einmal mit türkischen und kurdischen Jugendlichen gesprochen hat, weiß: Die Behauptung, dass es in Freundeskreisen keine Unterscheidung zwischen Kurd:innen und Türk:innen geben würde, ist mehr Wunschdenken als Realität. Zwar hat die Herkunft im Alltag praktisch oft tatsächlich verhältnismäßig wenig Bedeutung. Alle leben in der gleichen Stadt, alle sprechen

Türkisch, die Kurd:innen sagen oft nicht, dass sie kurdisch sind. Doch das funktioniert eben meist nur so lange, bis die kurdischen Jugendlichen sich nicht mehr verstecken und beispielsweise beginnen, kurdische Sprachen zu verwenden oder über die Situation der Kurd:innen in der Türkei zu sprechen. Dann ist es meist sehr schnell vorbei mit der Brüderlichkeit von Seiten türkisch-nationalistisch geprägter Jugendlicher.

“Die Türken” und “die Kurden”?

Dazu wird im Video auch die vermeintliche Grenzziehung zwischen “den Kurden” und “den Türken” an keinem Punkt hinterfragt. Im Gegenteil wird sie manifestiert. Doch tatsächlich geht es hier zentral um einen politischen Konflikt. Bei den Auseinandersetzungen in Wien waren auf der einen Seite linke Kurd:innen, Türk:innen und Österreicher:innen beteiligt. Und es wäre keineswegs überraschend, wenn auf der anderen Seite nicht nur nationalistische Türk:innen unterwegs gewesen wären, sondern beispielsweise auch Anhänger:innen der Hüda Par, einer Nachfolgeorganisation der religiös-faschistischen Mörder der kurdischen Hizbullah.

Sollte das Video-Projekt es geschafft haben, einzelne nationalistische Jugendliche tatsächlich zum Nachdenken zu bringen, dann hätte es zweifellos unmittelbar seinen Zweck erfüllt. Ob dieses Video aber tatsächlich dazu beitragen kann, grundlegende Narrative infrage zu stellen, darf hinterfragt werden.

Der Nationalismus der Unterdrückten

Jugendarbeit und Wissenschaft kennen das Phänomen des *long distance nationalism* – also die Imagination eines fernen und stolzen Vaterlandes als positiv aufgeladenes Gegenstück zu den erniedrigenden Erfahrungen des Alltags. Die Erklärung des *long distance nationalism* allein betont allerdings vor allem die Opfer-Perspektive nationalistischer Klient:innen. Doch auch bei Menschen und Personengruppen, die Rassismus erfahren, spielen weitere Einflüsse eine Rolle. Werden wir konkret: Türkeibezogene Migration nach Wien erfolgte vielfach aus der Region Yozgat – einer traditionellen bäuerlichen Hochburg der türkisch-nationalistischen Rechten. Selbstverständlich haben die Menschen, die im Lauf der Zeit nach Österreich gezogen sind, ihre politischen Werthaltungen nicht am Grenzbalken abgegeben. Und wir wissen, dass gerade grundlegende Werthaltungen biografisch oft über Generationen weitergegeben werden.

Kaum jemals habe ich in der sozialarbeiterischen Praxis so offenen Rassismus gegen Menschen mit schwarzer Hautfarbe erlebt wie in Gesprächen mit türkisch-nationalistischen Jugendlichen. Besonders auffällig war: Diese Jugendlichen wurden zuvor ausschließlich entweder rassistisch diskriminiert oder als Opfer rassistischer Diskriminierung angesprochen. Mit ihren eigenen rassistischen Vorstellungen hatte sich bisher niemand auseinandergesetzt.

Und auch der Bildungsdiskurs versagt: In der Schule wird zwar über die NS-Konzentrationslager gesprochen und im Idealfall über diese Auseinandersetzung auch aktueller Rassismus adressiert. Für Jugendliche mit Migrationsbiografie erscheint das dann allerdings oft als ein Thema, das sie überhaupt nicht oder nur als Opfer betrifft. Moderne Bildungs- und Sozialarbeit dagegen benötigt pädagogische Ansätze, um auch rassistische Vorurteile sowie (extrem) rechte Ideologien von Menschen mit Migrationsbiografien zu adressieren.

Genauer hinsehen

Jugendarbeiter:innen verstehen oft nur sehr oberflächlich, wie migrantische Communities organisiert sind. So wissen sie vielleicht noch, dass "ihre" Jugendlichen regelmäßig in einer Moschee beten. Doch sie haben in vielen Fällen keine Ahnung, dass türkische Moscheen in Österreich so gut wie ausnahmslos verschiedenen politischen Organisationen und Strömungen zuzuordnen sind.

Jugendarbeiter:innen wissen also meist überhaupt nicht, unter welchem politischen Einfluss die von ihnen betreuten Jugendlichen stehen. Sie kennen weder die einschlägigen Symbole noch die entscheidenden ideologischen Begriffe. Und vermelden dann ahnungslos, dass die Jugendlichen doch an keine politische Organisation angebunden wären. Nicht unterschätzt werden sollte schließlich auch der enorme ideologische Einfluss der türkisch-nationalistischen Medienlandschaft.

Der fatale Ansatz der Akzeptierenden Jugendarbeit

Eigentlich ist der sozialarbeiterische Ansatz der sogenannten Akzeptierenden Jugendarbeit aus der Arbeit mit Menschen mit einer Drogenkrankung entstanden: Den Menschen sehen und nicht nur die Krankheit und auch jene als Klient:innen akzeptieren, die sich von ihrer Suchterkrankung (noch) nicht lösen können oder wollen. Ein sehr kluger und nachvollziehbarer Ansatz.

Doch in Deutschland wurde dieser Ansatz ab Anfang der 1990er Jahre als Reaktion auf neonazistische Brandanschläge und Morde in vielen Fällen zum sozialarbeiterischen Leitbild für die Arbeit mit extremen Rechten. Damit wurde die Akzeptierende Jugendarbeit in eine politische Sphäre übersetzt, in der dieser Ansatz schlicht fatal war: Auf einmal bekamen (junge) Neonazis staatliche Räume, finanzielle Mittel und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt, um ihre Strukturen (weiter) aufzubauen. Verkürzt gesagt war der Ansatz: Wenn der Nazi einen Arbeitsplatz, eine Wohnung und Freizeit-Ressourcen zur Verfügung hat, dann wird sich das Problem schon lösen.

Die Täter:innen wurden damit sogar nochmals belohnt – und hätten im Gegenzug Nachteile erfahren, wenn sie sich aus ihren sozialen und politischen Zusammenhängen entfernt hätten. Denn damit wären sie nicht mehr Zielgruppe der sozialarbeiterischen Unterstützung gewesen. Betroffene der rassistischen und

neonazistischen Gewalt hingegen wurden nochmals bestraft und ausgegrenzt, indem Ressourcen und Räume vor allem den Täter:innen zur Verfügung gestellt wurden. Der Ansatz ist krachend gescheitert.

Was sich in Folge aus solchen Raumangeboten entwickeln konnte, zeigt ein besonders einprägsamer Fall: Die berüchtigte Neonazi-Vereinigung „Thüringer Heimatschutz“ (THS) hatte ihre erste Anlaufstelle in einem Stadtteil- und Jugendzentrum in Saalfeld. Aus dem THS gründete sich später die Terror-Organisation NSU (Nationalsozialistischer Untergrund).

Täter:innen mit ihrer Täterbiografie ansprechen

Bereits damals warnten viele vor der Akzeptierenden Jugendarbeit als einem höchst problematischen Ansatz, um einem politischen Problem zu begegnen. Ich selbst schrieb bereits im Jahr 2000 meine Diplomarbeit als Kritik an diesen Entwicklungen. Und heute ist dieser Ansatz genauso problematisch, wenn es um türkisch-nationalistische Jugendliche geht.

Selbstverständlich sollte sich die Jugendarbeit nicht von allen Klient:innen abwenden, die möglicherweise an den Angriffen in Favoriten beteiligt waren. Anders ist es bei Kadern, denen keine Ressourcen und Möglichkeiten zur Rekrutierung anderer zur Verfügung gestellt werden sollten! Ich arbeite heute zwar nicht mehr hauptberuflich als Sozialarbeiter, doch immer noch als ehrenamtlicher Bewährungshelfer – und dabei gibt es einen wichtigen Grundsatz: Menschen, die ein Delikt gesetzt haben, Täter:innen, werden auch als Täter:innen adressiert. Ihre Tathandlungen werden mit ihnen aufgearbeitet, sie werden mit der Perspektive der Opfer konfrontiert. Im konkreten Fall: Damit aus Welpen keine Wölfe werden.

Die Betroffenen in den Mittelpunkt stellen

Vor allem aber benennt soziale Arbeit auch die Betroffenen und deren Bedürfnisse. Wenn sie das nicht tut, sondern sich nur um die Täter:innen kümmert, belohnt sie tatsächlich die Täter:innen mit noch mehr Ressourcen – und bestraft die Opfer ein zweites Mal.

Ein wesentliches Element in der sozialen Arbeit ist die Parteilichkeit mit den Schwächsten der Gesellschaft. Die eindeutig Unterdrückten in diesem Fall sind allerdings die Menschen aus der kurdischen Minderheit sowie türkische und kurdische Linke. Ihnen sollten die Solidarität und die solidarische Haltung gelten. Und ihre Projekte und Bedürfnisse sollten im Mittelpunkt der sozialarbeiterischen Arbeit stehen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen.

—

Michael Bonvalot ist Journalist, Autor, Vortragender und Sozialarbeiter in Wien. Er veröffentlicht seine Artikel in verschiedenen Medien in Österreich und Deutschland,

auf seiner Seite standpunkt.press sowie über seine Social-Media-Kanäle auf Twitter, Facebook und Instagram.

Seine Schwerpunkte sind die extreme Rechte und soziale Bewegungen. Er beschäftigt sich seit Jahren mit den Grauen Wölfen und hat dazu auf seiner Seite standpunkt.press zahlreiche Artikel veröffentlicht, unter anderem eine Serie zur Geschichte, den politischen Positionen, den Symbolen und der Organisierung der Wölfe.

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=tkmt-dwXpWY>